

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Saben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Stadtbank, Dresden.
Kont. der Arbeiter, Angehörigen
und Beamten, L.-G. Dresden.
Verleger: Kumbel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Erhalt von Offerten irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einfluß dieses Inserats, hat der Empfänger der Dresdener Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rückzahlung der Beiträge.

Abonnementspreis einschließlich Frangobrief mit der täglichen Unter-
haltungsbeilage: 30 Pf., wöchentlich 1,20 Mk., Einzelnummer 10 Pf.,
Telegramm-Adressen: Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Dresdener Str. 2531, Corren-
denzamt nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsamt: Dresdener Str. 2531 und 1277.
Verlagsamt: Dresdener Str. 2531 und 1277.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonparelle-
zeile 30 Pf., die 20 mm breite Nonparellezeile 20 Pf., für auswärts
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Werbe-
geschäfte 40 Pf. Rabatt für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 120

Dresden, Donnerstag den 24. Mai 1928

39. Jahrg.

Bürgerliche Lastveruche

Schmied regiert die Stunde. In Deutschland soll dem-
nächst eine neue Regierung das Licht der Welt erblicken, also
herab Schmied an allen Türen, um für seine Blätter Sen-
sationen zu schinden. Wenn er einen Namen aufschneidet,
so phantasiert er lustig darauflos und formt seine Träume
zum neuesten politischen Bulletin. Das jeden Tag lesen zu
müssen, gehört mit zum Schlimmsten, was uns bis zur
Kabinettsbildung in der Presse blüht. In Wirklichkeit sind
weder die Fraktionsvorstände der politischen Parteien
zusammengetreten, noch liegen irgendwelche parteiistische
Zusammenkünfte vor. Die Situation ist vorläufig etwa die:

Im Zentrumslager will man der Zustimmung
der eigenen Wähler durch die Heranziehung der Sozialdemo-
kratie zur politischen Verantwortung entgegenwirken. Die
Deutsche Volkspartei wünscht ebenfalls, daß die
Sozialdemokratie an der Reichsregierung beteiligt wird, sie
will aber gleichzeitig Sicherungen gegen eine Veränderung
des Reichstages und sie erstrebt auch ihre eigene Beteili-
gung an der preussischen Regierung. Die
Deutschen Nationalen haben eingesehen, daß nach ihrer
großen Niederlage auf sie verzichtet wird. Sie stellen sich
bereits wieder auf Opposition ein. Sie wünschen nichts
jehtlicher, als daß im neuen Reichstag eine Krise nach der
anderen hervorgerufen und das Parlament mit Unterstützung
des Reichspräsidenten bald wieder nach Hause geschickt wird.
Von den Kommunisten, deren Presse sich allerdings
bisher noch etwas zurückhält, ist selbstverständlich nur die
Korrigierung der alten Lasten, unbedingter Kampf gegen die
Sozialdemokratie, zu erwarten. Der Sozialdemokrat schreibt
zu dieser Lage:

Die Reichsregierung der künftigen Sozialdemokrati-
schen Politik ist durch den Wahlausfall klar vorgezeichnet. Die
Reichsparteien haben 30 Mandate verloren. Auch die Mittel-
partei ist insgesamt um vier Mandate schwächer geworden.
Nur die Linksparteien können einen Zuwachs von 20 Mandaten
erzielen, von dem mehr als zwei Drittel auf die Sozialdemokratie
entfallen, und wenn auch die Sozialdemokratie mit ihren
und neun Millionen Stimmen jetzt noch nicht ganz ein
Drittel der Wählerschaft hinter sich hat, so ist der
Wahlausgang doch ein überaus deutliches Zeichen für die Ein-
müandigkeit der Wähler. Sie haben sich sowohl gegen die Rechts-
partei als auch gegen die Mittelpartei entschieden. Die
Wähler wünschen eine Abkehr von dem bis-
herigen Kurs. Ihr Vertrauen gehört der Sozialdemokratie.
Ihr Wille ist gerichtet auf eine entschiedene repu-
blikanische, demokratische und soziale Politik.
Trotzdem haben sie sozialdemokratisch gewählt, daher wünschen sie,
daß die Sozialdemokratie in dieser Richtung arbeitet.

Die Sozialdemokratie ist bereit, diesen Willen der Wähler
auszuführen. Sie kennt die großen Schwierigkeiten, die dabei
zu überwinden sind, und die sowohl von rechts als auch von
links drohen. Aber diese Schwierigkeiten werden sie nicht ab-
halten, alles zu tun, um den Willen der Wähler zu vollstrecken
und durch ihre Arbeit der deutschen Politik eine Richtung zu
geben, die den Massen des deutschen Volkes eine Erfüllung ihrer
Wünsche bringt.

Die Kombinationen und Erörterungen in der bürger-
lichen Presse haben das eine Gute, daß sie die Absichten und
Absichten der bürgerlichen Parteien deutlicher werden lassen.
Und daraus ist zu ersehen, wie wenig die bürgerlichen Par-
teien auf die Wählerstimme einzugehen gedenken. Man
nimmt der Sozialdemokratie die Entscheidung des Volkes
gewissermaßen über und tut so, als wäre es eine Angelegen-
heit unserer Partei geworden, den Weg aus der Sackgasse zu
finden, wenn ihr eine große Koalition mit volksparteiischem
Programm nicht ausreicht. Die kapitalistischen Parteien und
ihre Presse verkennen die Situation denn doch etwas. Nicht
nur haben die Mehrheit im Reichstag erlangt, sondern die
bürgerlichen Parteien nehmen noch immer reichlich 60 Prozent
der Sitze im Parlament ein. Man hat also im bürgerlichen
Lager durchaus die Möglichkeit, allein zu regieren, und die
Sozialdemokratie denkt gar nicht daran, sich in eine un-
bequeme Situation drängen zu lassen. Wir können dem
deutschen Volke als eine starke Oppositionspartei besser nutzen,
kann als schwache Regierungspartei. Daß das Volk unsere
Haltung versteht, dafür werden wir sorgen.

Wenn also die bürgerlichen Parteien glauben, das
Vollrecht und die Frage einer radikalen Kursänderung
mit folter Schulten behandeln zu können, so wird das zwar
dem deutschen Volke teuer zu stehen kommen, aber den kapita-
listischen Parteien bei Philippin auch. Die Sozialdemokratie
kann die nächsten Wahlen abwarten — auch als Oppositions-
partei. Die Suren dieses Wahlkampfes sprechen uns
klar, sie sind nur ein Flammenschild für die anderen.

30 1/2 Millionen Wähler

Die Gesamtzahl der zur Reichstagswahl abge-
gebenen Stimmen beträgt nach dem vorläufigen amt-
lichen Ergebnis 30 720 181 (Dezember 1924: 30 290 042). Die
Zahl der Mandate ist trotz dieser gesteigerten Stimmenzahl
von 49 auf 490 gesunken. Das ist auf die starke Zerplitte-
rung der Stimmen zurückzuführen, da allein 1 380 000 Stim-
men auf Splitterparteien entfielen, die kein Mandat er-
langten.

Giftgas und Rüstungstreiben

Deutsch-moskowitzches Zusammenspiel

Die gestern berichteten Enthüllungen über die Zusam-
menhänge zwischen der Fabrik Hugo Stolzenberg und
der russischen Giftgasproduktion in Trotz werden von der kommunistischen Presse als „sozialdemo-
kratische Lügen“ bezeichnet. Aber diese „Lügen“ werden von
Herrn Dr. Hugo Stolzenberg selbst als Wahrheit
bestätigt. In der Moskowitzchen Zeitung schreibt er:

„Im Jahre 1923 trat zum ersten Male die deutsche
Regierung durch die „Gefu“ an mich heran und appellierte
an mein patriotisches Gefühl, an meine sachmännischen
Kenntnisse. Ich möchte betonen, daß ich niemals der National-
sozialistischen Partei angetraut habe, noch ihr nahegekommen habe.
Durch Vermittlung der „Gefu“ wurde die russische Giftgas-
Produktion in Trotz gegründet. Unter den russischen
Kampfgaslieferanten kamen deutsche Kautschuker hinzu. Als
die Politik schwankte, fanden bald keine Mittel mehr zur Ver-
fügung. Dennoch wurden die Arbeiten mit meinen eigenen
Mitteln fortgesetzt, und ich habe die dem Namen nach gegen-
über mit meinem gesamten Vermögen.“

Das erzeugte Phosgen lagerte dann in Hamburg, bis
es explodierte.

Durch die Erklärung des Dr. Hugo Stolzenberg wird
bestätigt, daß die Giftgasfabrik in Trotz nicht, wie die Rote
Fahne ihren gläubigen Lesern vorgegaukelt möchte, „nur“ für
die Bedürfnisse der Sowjetunion, sondern mit Geldern
des deutschen Militarismus selbstverständlich für
gemeinsame deutsche und russische Zwecke
errichtet worden ist. Die deutsche und die russische Rüstungs-
politik haben engstens Hand in Hand gearbeitet, die
eine hat das Geld und die Ingenieure, die andere die
Fabrikationsmöglichkeit geliefert!

Der Vorkwärts sagt: Es ist daher eblende Ausflucht, wenn
die Rote Fahne ihren Lesern vorwirft, daß wir „zur Ver-
teidigung der deutschen Rüstungspolitik“ gegen Sowjetruß-
land „Lügen und Fälschungen“ verbreiteten. Umgekehrt wird
ein Schuß daraus. Seit 1926 haben wir die Unterfertigung
heimlicher deutscher Rüstungen durch die Sowjetregierung,
die Gemeindefront der russischen und des deutschen
Militarismus enthüllt. An der Hamburger Giftgaskata-
strophe tragen beide genau die gleiche Schuld.

Wir denken nicht daran, Herrn Geklers Lärmungs-
methoden zu beschönigen, hat sie doch niemand energischer und
erfolgreicher bekämpft als die Sozialdemokratie. Aber wir
werden uns gegen die elende Heuchelei, die in den Sägen der
Roten Fahne liegt.

„Hamburg zeigt, mit welchen Mitteln die imperialisti-
schen Regierungen Sowjetrußland angreifen
mollen.“

Rein, Hamburg zeigt, daß trotz allen humanitären
Phrasen die Sowjetregierung mit den deutschen Militaristen
bei der Herstellung dieser Mittel Hand in Hand ge-
arbeitet hat! Wir lassen der Roten Fahne das kindische
Vergnügen, die von uns beigebrachten Dokumente als „Fäl-
schungen“ zu bezeichnen. Nach der Erklärung des Dr. Hugo
Stolzenberg wird auch dem Blödesten klar werden, wer hier
fälscht und lügt!

Die Hamburger Katastrophe

W. Hamburg, 24. Mai. (Eig. Funk.) Im Hamburger
Senat ließ die Sozialdemokratische Partei am Mittwoch
auf Anfrage von sozialdemokratischer und demokratischer
Seite erklären, daß die Firma Stolzenberg früher in
erlaubter Weise Giftgas hergestellt, aber seit 1924 solches nur
noch in Hamburg gelagert habe. Die Vorkaufsleistung sei
hiervon unberührt geblieben. Die Lagerung sei „unter
den üblichen Sicherheitsmaßnahmen“ vor sich gegangen. Eine
weitere Genehmigung zur Lagerung von Giftgasen im Ham-
burger Staatsgebiet sei nicht erteilt worden und werde auch
nicht erteilt werden. Die sozialdemokratische Fraktion des
Senats dürfte in der nächsten Sitzung die Einsetzung
eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen.

Der Polizeikommissar teilte in Ergänzung der Antwort auf
die Anfrage von sozialdemokratischer und demokratischer
Seite im Namen des Senats noch mit, daß Hamburg aus
öffentlichen Mitteln die Hinterbliebenen der Opfer der furch-
baren Katastrophe zu unterstützen beabsichtige. Man solle
die politische Seite der Angelegenheit dem Reichs-
tag überlassen und nur die technische Fragen dem Unter-
suchungsausschuss überfragen. Die Lagerung, der Vertrieb
und der Transport von Phosgen seien gesetzlich erlaubt. Der
explodierte Tank sei ein alter Kesselwagen der Reichsbahn ge-
wesen. Die Ursache der Explosion sei trotz tagelanger Aus-
sprache erster Sachverständiger nicht ganz klargestellt.

Französische Anlagen

P. Paris, 22. Mai. (Eig. Draht.) Ein Teil der französi-
schen Anlagen behauptet anläßlich der Explosion in Hamburg,
daß „Deutschland heimlich große Gasanlagen
fabrizieren“. Diese Anlagen soll den nächsten Winter, den

der Wahlfest der Rinken auf die gesamte französische Öffentlichkeit
gemacht hat, abschwächen.

S. London, 23. Mai. (Eig. Draht.) Der britische Außen-
minister wurde am Mittwoch im Unterhaus bezüglich der in Ham-
burg erfolgten Explosion von Giftgas interpelliert.
Chamberlain antwortete, daß er bisher keine über die Zer-
störungsberichte hinausgehende Informationen erhalten habe. Er
habe deshalb noch nicht schließen können, ob mit Rücksicht auf die
Bestimmungen des Versailler Friedensver-
trags zu einem Schritt bei der deutschen Regie-
rung irgendeine Verantwortung vorliegt.

Gutachten des französischen Sachverständigen

P. Paris, 24. Mai. (Eig. Funk.) Der ehemalige Leiter der
chemischen Abteilung in der Interalliierten Militär-
kontrollkommission, M. Curat, veröffentlicht heute im
Matin ein Gutachten über die Hamburger Giftgaskatastrophe. Das
Curat zu sagen hat, stellt das beste Zeugnis für
Deutschland dar. Zunächst betont er, daß die Herstellung von
Phosgen und Phosgen im Versailler Vertrag nicht verboten
sei. Dann teilt er mit, daß die Stolzenbergwerke in Ham-
burg das Phosgen, durch dessen Explosion die Katastrophe her-
vorgebracht wurde, von der Interalliierten Militär-
kontrollkommission gekauft haben. Er weist er dar-
auf hin, daß er bei seiner sechsjährigen Tätigkeit in der Kommission
Sonderbeurteilungen über angeblich heimliche Giftgas-
fabrikation in deutschen chemischen Werken erhalten habe. Niemals
hätten diese Denunziationen bei der Prüfung des Tatsachen-
standes geblieben. Niemals sei festgestellt worden, daß Deutschland
gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags verstoßen habe.
Alles, was über heimliche Giftgasfabrikation in Deutschland in der
ausländischen Presse erzählt worden sei, sei Phantasie oder Un-
wissenheit.

Vernichtung der weiteren Vorräte

W. Hamburg, 24. Mai. (Eig. Funk.) Die zusamen-
gepackte Schwerkübelnkonfektion befindet sich am Mit-
woch, die nach auf dem Gelände der Stolzenbergwerke lagernden
Phosgenvorräte — es soll sich um etwa 3000 Kubikmeter handeln —
an Ort und Stelle zu vernichten. Das soll mittels chemischer
Zersetzung durch Ammoniak geschehen. Von einer Verletzung des
Phosgens ins Meer, an die zunächst auch gedacht worden war, soll
hauptsächlich aus Gründen der Verletzungsgefahr Abstand ge-
nommen werden.

Keine Phosgenproduktion mehr in Radebeul

Die Chemische Fabrik von Dehden in Dresden,
Radebeul ist eine der beiden Unternehmungen, die das gefürch-
tete Phosgen herstellen dürfen. Das wird erfahren, hat die Ge-
sellschaft erlaubnisgemäß jahrelang das Gas fabriziert. Augen-
blicklich wird es jedoch nicht fabriziert.

Das Teufelsgift Phosgen

Dr. Ch. Die furchtbare Hamburger Gasatastrophe ist durch
eine verhältnismäßig kleine Gasmenge, nämlich durch sechs
bis acht Kubikmeter Phosgen, verursacht worden. Nur
ein ganz besonders giftiges Gas konnte, in so geringer Menge über
einen großen Häuser- und Straßenkomplex verbreitet, derart
schreckliche Verletzungen anrichten.

Es genügt jedoch ein halbes Gramm Phosgen, um den Tod
eines Menschen herbeizuführen.

Und wenn man sich einige Minuten in einem Raum aufhält,
in dessen Luft sich auf jedes Kubikmeter nur 50 Milligramm
des gefährlichen Giftgases verteilen, so muß man sterben. Wenn
nämlich das Phosgen mit den feinsten Schwebstoffen des
menschlichen Organismus in Berührung kommt, so zerlegt es sich,
und es entsteht scharf ätzende Salzsäure, die das Gewebe zerfrisst
und in kurzer Zeit den Tod herbeiführt. Im Krieg ist das Phosgen
häufig als Kampfmittel angewandt worden; doch ist es nicht, wie
oft fälschlich angenommen wird, erst in den letzten Jahrzehnten ent-
deckt worden. Man kennt es vielleicht schon seit dem Jahre 1812,
als es der englische Chemiker Davy bei seinen Forschungen fand.

Phosgen ist bis zu einer Temperatur von 8 Grad Celsius
flüchtig, siedet, wenn es diesen Wärmegrad erreicht hat, und ver-
dampft zu einem farblosen, stechend riechenden Gas. Es besteht aus
einem Atom Kohlenstoff, einem Atom Sauerstoff und zwei Atomen
Chlor. Es entsteht, wenn man trockenes Chlor und trockenes
Kohlennoxyd dem Sonnenlicht aussetzt, und von dieser Entstehungs-
art hat es auch seinen Namen Phosgen, d. h. „von Licht erzeugt“,
erhalten. Doch gibt es auch andere Methoden, Phosgen herzustellen.
Wenn man nämlich Chlor und Kohlenoxyd bei gewöhnlicher Tem-
peratur mit Knochenkohle oder bei 40 Grad Celsius mit einem
Platinblech in Verbindung bringt, so entsteht dieselbe chemische
Umsetzung wie unter der Einwirkung des Sonnenlichtes. Auch aus
rauchender Schwefelsäure, die mit Chlorkohlenstoff versetzt wird,
oder aus Chloroform, dem bestimmte Chemikalien zugesetzt werden,
kann man das Giftgas erzeugen. Das Phosgen, für das sein Er-
finder Davy noch keinerlei Verwendung hatte, dient jedoch nicht
nur als schreckliche Waffe im Gaskrieg, sondern kann auch
in der chemischen Industrie nutzbringend angewandt

werden. Man gebraucht es z. B. zur Herstellung von sogenannten
Azofarbstoffen, von Kristallviolett, Viktorialblau, Auramin, zur Ge-
winnung des Salols, eines weichen, fast geschmacklosen Pulvers, das
als Reibmittel bei Maschinen und als Mittel gegen Rheuma-
kismus verwendet wird, sowie zur Erzeugung anderer chemischer
Verbindungen. Um das Phosgen unschädlich zu machen, kann man
es entweder durch Wasser oder durch Ammoniak zerlegen. Mit
Ammoniak vereinigt es sich zu dem sogenannten Dornstoff.